

*Dr. Kirsten Aner · Institut für Sozialpädagogik und Soziologie der Lebensalter*

## **Entdeckung und Erweckung. Zur Neuen Kultur der Freiwilligkeit**

### **Einführung**

In dem Maße, in dem die entwickelten kapitalistischen Industriegesellschaften immer weniger in der Lage sind, die selbst erzeugten Probleme zu begrenzen, wurde „Freiwilliges Engagement“ zum Thema programmatischer Auseinandersetzungen um die Zukunft moderner Gesellschaften. In Deutschland ist das alte wohlfahrtsstaatliche Arrangement – später als anderswo – erst Ende der 1990er Jahre unter spürbaren Veränderungsdruck geraten. Nun sehen fast alle von der Politik angebotenen „Zukunftsmodelle“ eine grundsätzliche Korrektur des bestehenden Wohlfahrtsstaats vor. Es geht um die Neuverteilung von Aufgaben im Dreieck von Staat, Markt und BürgerInnen. Verkürzt ließe sich formulieren, dass den Institutionen der Zivilgesellschaft und den BürgerInnen ein größerer Teil der Aufgaben als bisher überantwortet werden soll. Der Staat wird zum Gewährleistungsträger im Hintergrund. Er „moderiert“ die Wohlfahrtsproduktion nur noch – Appelle an die Unternehmen und ihre soziale Verantwortung bei gleichzeitiger Entlastung von Unternehmenssteuern und weitgehendem Entgegenkommen beim Abbau sozialer Errungenschaften eingeschlossen. Angesichts tiefgreifender struktureller Veränderungen in modernen Gesellschaften (Stichworte sind u.a.: demografischer Wandel, Strukturwandel der Familie, Destandardisierung von Lebensläufen, Flexibilisierung und Subjektivierung von Erwerbsarbeit) ist aber klar, dass die BürgerInnen wie auch die freie Wohlfahrtspflege bei der Neugestaltung des Sozialen der Unterstützung bedürfen. So erklärt sich die „Entdeckung“ einer Neuen Kultur der Freiwilligkeit „von oben“. Sie konkretisiert sich auf örtlicher Ebene. Beschränkten sich früher die Kommunen darauf, die freie Wohlfahrtspflege durch finanzielle Subventionen bei der Gewinnung, Qualifizierung und dem Einsatz von Freiwilligen zu unterstützen, experimentieren sie heute mit eigenen Modellen der direkten Förderung.

In einem ersten Teil meines Beitrags werde ich systematisieren, welche – nicht ganz neuen – Hoffnungen sich mit der WIEDER-Entdeckung der Zivilgesellschaft verbinden. Im zweiten Teil des Vortrags skizziere ich die aktuellen Förderstrategien: die der Ermöglichung, der Erziehung zur guten BürgerIn und die des Forderns. Näher eingehen werde ich auf die Ermöglichung. Denn in diese Strategie sind die FWA in erster Linie eingebunden. Schließlich möchte ich drittens die alten „Brüche“ deutlich machen die einer Neuen Kultur der Freiwilligkeit entgegen stehen und mit denen Sie alle hier täglich konfrontiert sind. Eine Neue Kultur der Freiwilligkeit lässt sich nämlich – so meine These – nicht als perpetuum mobile denken und gestalten.

### **1. (Wieder-)Entdeckung der Zivilgesellschaft – warum?**

Warum gelten die Freiwilligen als „Sozialkapital des neuen Jahrtausends“, wie die Weltfreiwilligenkonferenz im Januar 2001 in Amsterdam formulierte? Diese Annahme begegnet drei eigentlich altbekannten Krisenszenarien, die sich derzeit zu verschärfen scheinen. Sie betreffen (1) die Demokratie als Partizipationsgemeinschaft (2) die Arbeitsgesellschaft und (3) den Wohlfahrts- bzw. Sozialstaat.

### 1.1 Krisenszenario Demokratie

Die Diskussion über die „Krise der Demokratie als Partizipationsgemeinschaft“ hat in der Bundesrepublik Tradition. Erinnerung sei in diesem Zusammenhang an die Studentenbewegung der 1960er Jahre, den sozialdemokratischen Wahlkampfslogan „Mehr Demokratie wagen!“ von 1972 und die sozialen Bewegungen der 1970er und frühen 1980er Jahre (vgl. Karl 1981). Letztere haben dazu beigetragen, das Spektrum politischer Partizipationsformen zu erweitern und diese Breite sowohl kulturell als auch rechtlich in der Gesellschaft zu verankern.

Die von der liberal-konservativen Koalition nach dem Regierungswechsel 1982 in Angriff genommene „geistig-moralische Wende“ schien zunächst das Ende dieser Bürgerbewegten Ära zu besiegeln. Bürgerinitiativen passten sich an oder wurden parteipolitisch recht weitgehend vereinnahmt. Wenn das Thema 'Partizipation und Demokratie' dennoch wieder Konjunktur hat, kann man als Ursache dafür die empirisch belegte Politikverdrossenheit der Bevölkerung vermuten – möglicherweise auch eine über Parteigrenzen hinweg verbreitete politische Einsicht, dass den vielfältigen Problemen, die aus dem gesellschaftlichen Wandel erwachsen, mit obrigkeitsstaatlichen Mitteln allein nicht beizukommen ist. Die Debatte um das politische Engagement der BürgerInnen krankt allerdings daran, dass bei ihren Protagonisten – Politikern, Parteien und Verbänden, Parlamenten und Bürokratien – Angst vor der eigenen Courage herrscht. Denn das vielfach angemahnte politische Engagement „von unten“ würde bei konsequenter Umsetzung eine Veränderung der Machtverhältnisse nach sich ziehen. Bundes- oder Kommunalpolitiker, Vertreter von Wohlfahrtsverbänden müssten auf gewohnte Vormachtstellungen verzichten. Die Diskrepanz zwischen der Forderung nach Engagement auf der einen Seite und dessen Eingrenzung auf unpolitische Themenfelder und Arbeitsbereiche auf der anderen Seite schlägt sich im Dritten Sektor nieder, der in Deutschland zwar wuchs und auch ökonomisch bedeutsamer wurde, allerdings von den großen Wohlfahrtsverbänden dominiert und von erheblicher Staatsnähe gekennzeichnet ist (vgl. Roth 2000).

### 1.2 Krisenszenario Arbeitsgesellschaft

Auch die Auseinandersetzung um die Krise der Arbeitsgesellschaft ist kein völlig neues Phänomen. Seit den 1970er Jahren, als sich infolge der sog. Ölkrise der Traum vom immerwährenden Wirtschaftswachstum zerschlug, kursieren Gesellschaftsentwürfe, die an die Vielfältigkeit menschlicher Tätigkeitsformen anknüpfen und schon immer ehrenamtliche Tätigkeiten einbezogen haben. Dennoch verfestigte sich die Fixierung der Gesellschaft auf die Erwerbsarbeit als einzige Tätigkeitsform mit hinreichender materieller und immaterieller Integrationskraft. Die exklusive Stellung der Lohnarbeit gerät jedoch zunehmend unter Druck. Wenn auch in jedem Wahlkampfjahr die drastische Reduzierung der Arbeitslosenzahlen versprochen wird, so spricht doch danach keine Partei mehr vom Ziel der Vollbeschäftigung.

In Folge dieser Einsicht erwacht das politische Interesse an Alternativen, zu denen Familienarbeit ebenso zählt wie Selbsthilfe, Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement – bei allen Vorschlägen es geht um eine Aufwertung von Tätigkeitsformen jenseits der Erwerbsarbeit. Dabei werden jedoch sehr unterschiedliche Akzente gesetzt. Besonders populär wurde vor einigen

Jahren das Konzept der Bürgerarbeit (Beck 1997), dessen Ziel es war, durch Bürgerarbeit die Nachfrage nach Erwerbsarbeit zu reduzieren. Abgesehen davon, dass es nicht eines gewissen Zynismus entbehrt, BürgerInnen, denen der Zugang zur Erwerbsarbeit und damit ein wesentliches Kennzeichen ihres Bürgerstatus verwehrt ist, ausgerechnet eine Tätigkeit mit dem Titel „Bürgerarbeit“ als Alternative anzubieten, ist der Vorschlag wenig realistisch: alle empirischen Studien zeigen, dass die Problemgruppen des Arbeitsmarktes unter den Ehrenamtlichen eher unterrepräsentiert sind. Zwar stellte man in der zweiten Welle des Freiwilligensurvey fest, dass die freiwilligen Tätigkeiten unter den Arbeitslosen gegenüber 1996 zugenommen haben — insbesondere in Ostdeutschland. Gensicke u.a. (2006: 14f.) argumentieren, dass durch die ehrenamtlichen Tätigkeiten versucht wird, entweder berufsrelevantes Wissen oder nachweisliche Schlüsselqualifikationen zu erwerben und/oder Phasen der Exklusion sinnstiftend zu nutzen. Langzeitbeobachtungen des SOEP zeigen allerdings, dass dies allerdings nur so lange geschieht, solange noch Integrationshoffnungen bestehen. V.a. Männer nehmen zwar zu Beginn ihrer Arbeitslosigkeit neue freiwillige Tätigkeiten auf, sie sind jedoch bei Fortdauer der Exklusion aus dem Arbeitsleben schnell demotiviert und beenden ihr Engagement.

### 1.3 Krisenszenario Sozialstaat

Das dritte, ebenfalls nicht neue Krisenszenario, aus dem sich die Debatte speist, bezieht sich auf den Wohlfahrts- bzw. Sozialstaat. Das wohlfahrtsstaatliche Arrangement der westlichen Industrienationen basiert, sehr verkürzt skizziert, auf einem Modell der dynamischen Wechselwirkung von nationalstaatlichem und marktwirtschaftlichem Sektor, staatlichen reguliertem Sozialsektor und informellem Sektor. Als Maßstäbe für die Funktionstüchtigkeit des Gemeinwesens galten in den europäischen Industrienationen bislang die Effektivität des politisch-administrativen Systems sowie das Niveau staatlicher Leistungen für die Bevölkerung. Die Leistungen der BürgerInnen selbst waren von untergeordnetem Stellenwert. Dieses sozialdemokratisch orientierte Modell ist seit Jahrzehnten in der Diskussion. Von liberal-konservativer Seite wird es deshalb angefochten, weil es angeblich das Spiel marktwirtschaftlicher Kräfte zu sehr beschränkt und Eigeninitiative lähmt. Diese Position wird von links-alternativer Seite mit dem Argument unterstützt, der Staat würde die Bürger zu sehr entmündigen. Heute wächst den wohlfahrtsrelevanten Gütern, die im sozialen und im informellen Sektor weitgehend kostenneutral produziert werden, eine immens steigende Bedeutung zu, weil den Nationalstaaten unter dem Druck einer globalisierten Welt ihre Steuerungsfähigkeit zunehmend verloren geht, während sich die marktwirtschaftliche Handlungslogik der Gewinnmaximierung zuspitzt. Vor diesem Hintergrund wird Laientätigkeiten und Ehrenämtern im dritten Sektor sowie den in Privathaushalten erbrachten Leistungen quer durch das Parteispektrum eine völlig neuartige Aufmerksamkeit entgegengebracht: „Der Bürger wird nicht nur als Klient oder Konsument, sondern mit seinem alltäglichen Engagement als wichtige Säule im gesellschaftlichen Bedarfsausgleichssystem betrachtet.“ (Braun 2001, S. 86) In der Konsequenz gilt es, statt sozialer Versorgung Gelegenheitsstrukturen für das Engagement der BürgerInnen bereitzustellen oder anders formuliert, die seit den 1970ern positive Korrelation zwischen der Ausweitung ehrenamtlicher Tätigkeiten und der Zunahme von Erwerbstätigen in den klassischen Feldern ehrenamtlicher Tätigkeit, also im Gesundheits- und Sozialbereich umzukehren. Den Haushaltskonsolidierungen

der Kommunen fielen denn auch zahlreiche soziale Dienstleistungen zum Opfer. Man kann es auch anderes interpretieren: Hier öffnen sich neue Freiräume für Bürgerengagement.

Ist die Wiederentdeckung der Freiwilligkeit also nur ein Zurück hinter die Professionalisierung personenbezogener sozialer Tätigkeiten? Geht es nicht nur darum, Engagementfelder so zu gestalten, dass sie dem veränderten Selbstverständnis und den gewachsenen Ansprüchen von potenziell Engagierten entsprechen – so dass diese dann bereitwillig Lücken in der kommunalen Daseinsvorsorge schließen? Nein. Hinter der sog. Neuen Kultur der Freiwilligkeit steckt mehr – und zwar eine Position, nach welcher ein „aktivierender Staat“ besser als der traditionelle deutsche Wohlfahrtsstaat in der Lage sei, zivilgesellschaftliche Potentiale zu beleben. Aus einer liberal tradierten Position heraus wird die BürgerIn ermuntert, seine Bürgerrolle aktiv wahrzunehmen. Eigene Interessen sollen mit gemeinschaftlichen verbunden werden, z.B. das Interesse an einer befriedigenden Gestaltung der nachberuflichen Lebensphase mit den Bedürfnissen eines Stadtteils. Allerdings erfuhr diese liberale Position eine auffällige Veränderung. Waren in kommunaristischen Konzeptionen des Verhältnisses von Staat und BürgerInnen die Bürgerpflichten seit jeher angelegt, treten nun auch in liberalen Gemeinschaftsentwürfen die Rechte des autonomen Individuums, das sich ausschließlich freiwillig im Interesse des Gemeinwohls bindet, zugunsten verbindlicher Wertvorstellungen zurück. In diesem Kontext erlangte eine Position Bedeutung, nach der ein angenommener Wertewandel in der Gesellschaft Ausgangspunkt für ein neues „Leitbild für BürgerInnen“ sein kann, weil er ein „Engagementpotenzial“ schafft. Einer angemessenen Förderung durch Politik und Verwaltung steht in diesem Konzept eine Erwartung an die BürgerInnen gegenüber. Verantwortung für das Gemeinwesen wird als ethisches Prinzip thematisiert. Gleichwohl steht in der sozialpolitischen Argumentation noch immer der Begriff der „Freiwilligkeit“ im Vordergrund, soll Engagement „ermöglicht“ werden. Die Strategie der Ermöglichung dominiert also das staatliche Handeln zur „Erweckung“ zivilgesellschaftlicher Potentiale. Gleichwohl will ich in Abgrenzung dazu kurz auf die Förderstrategien Erziehung zur guten BürgerIn und auf das Einfordern von Engagement eingehen.

## **2. Erweckung der Zivilgesellschaft – wie?**

### **2.1 „Erziehung“ zur guten BürgerIn**

Neben der Strategie der „Ermöglichung“ von Engagement wird in Deutschland derzeit eine Strategie der „Erziehung“ zur zivilgesellschaftlich kompetenten BürgerIn erdacht und in Ansätzen bereits umgesetzt. Dabei beziehen sich Überlegungen zu einer „Erziehung“ im Sinne edukatorischen Staatshandelns offensichtlich v.a. auf die surplusfähigen Heranwachsenden und jungen Erwachsenen. Die Enquete-Kommission „Bürgerschaftliches Engagement“ empfiehlt „civic education“ in Familie und Schule, Vereinen und Verbänden, bei Bildungsträgern und Freiwilligendiensten, in Ausbildung und Studium. Nach amerikanischem Vorbild sollen „Schüler zu freiwilligem Engagement ... angehalten“ (Enquete-Kommission 2002: 294) und bürgerschaftliche Tätigkeiten in Hochschulen zum selbstverständlichen Element des Studiums werden. Im letzten Bildungsabschnitt an der Hochschule sollen „freiwillige“ Tätigkeiten zudem helfen, Kontakte für den Berufseinstieg zu knüpfen, so dass sie „positive Effekte auf das eigene berufliche Fortkommen“ (ebd.: 295) zeitigen. Aus einer handlungslogischen Perspektive auf die Zivilgesellschaft

ist zu fragen, ob ein so motiviertes Engagement noch freiwillig ist und inwiefern eine einzig am beruflichen Fortkommen orientierte Tätigkeit in dieser Sphäre ihr demokratiefördernden Aspekte nicht in Frage stellt. Zahlreiche „passungsfähige“ Beispiele für eine gelungene Vereinbarung von persönlichen und/oder ökonomischen und gemeinschaftlichen Interessen, in denen die „Erwartungen an ein Engagement, in denen die Selbstentfaltung im Vordergrund steht, ... sich offensichtlich mit stärker gemeinwohlbezogenen Haltungen“ (Enquete-Kommission 2002: 123) vertragen, verbergen möglicherweise, dass „Gemeinschaft“ auf diese Weise zur Ware wird und die Tätigkeiten den Mustern privaten Konsumverhaltens folgen.

## 2.2 Erziehen + Fordern

Insbesondere bei denjenigen Bevölkerungsgruppen, denen die sozioökonomischen Voraussetzungen individuellen zivilgesellschaftlichen Handelns fehlen, wird die Strategie der Erziehung, verknüpft mit Maßnahmen Forderns, für erfolgversprechender als die der Ermöglichung gehalten. „Erzogen“ bzw. „gefordert“ werden durch „workfare“-Strategien v.a. denjenigen, denen zuvor mit der realen Möglichkeit der Teilhabe am Erwerbsleben ein wesentlicher Bestandteil ihres Bürgerstatus genommen wurde. Ob dies gelingen kann, ist fraglich, wenn man die wenigen Forschungsergebnisse in Rechnung stellt, die die biografische Entstehung und Einbettung zivilgesellschaftlichen Handelns berücksichtigen. Sie zeigen eindeutig, dass in der Summe positive gesellschaftlicher Partizipationserfahrungen die notwendige Voraussetzung eines Engagements über die eigenen (Selbsthilfe-)Interessen hinaus sind. Dauerhaft mangelnde gesellschaftliche Anerkennung dagegen führt zu zivilgesellschaftlicher Passivität. Die Gefahr, dass bürgerschaftliches Engagement als „inszenierte“ Partizipation wahrgenommen wird, ist groß, wenn die „Ansätze, die es verstehen, den betroffenen Gruppen mehr individuelles und kollektives Selbstbewusstsein zu geben“ (Enquete-Kommission 2002: 108), nicht von sozialpolitischen Maßnahmen zur besseren materiellen Ausstattung der Betroffenen ergänzt und dauerhaft auf ausschließlich kleinräumige Verantwortungsübernahme begrenzt werden. Eine eigene Studie (Aner 2005) konnte außerdem zeigen, dass Handeln im Interesse einer Gemeinschaft schnell verflacht oder ganz aufgegeben wird, wenn es ausschließlich durch die Erwartung eigener Vorteile bzw. das Verhindern eigener Nachteile motiviert ist. Das heißt nicht anderes, als dass es aussichtslos ist, solidarisches Verhalten im sozialen Nahraum zu inszenieren und diese Inszenierung mit Drohung oder Zwang zu verbinden. Engagement bedürfte dann eines ständigen, wenn nicht steigenden Zwangs.

## 2.3 Ermöglichen

Doch nun zur Strategie der Ermöglichung, in die Sie als VertreterInnen von FWA unmittelbar eingebunden sind. Ich würde Eulen nach Athen tragen, wenn ich Ihnen jetzt detailreich erklärte, wie vielfältig die Versuche von Bund, Ländern und Kommunen waren und sind, eine Infrastruktur freiwilligen Handelns zu schaffen. Die Förder- und Institutionenlandschaft ist ebenso unübersichtlich wie faszinierend. Vieles funktioniert gut, anderes weniger oder gar nicht – wer wüsste besser von den Schwierigkeiten als Sie. Ich argumentiere deshalb vor dem Hintergrund meiner eigenen Forschungsergebnisse, die zeigen, es einer „Kultur der Partizipation“ in allen

Lebensphasen und -bereichen bedarf, um zu gemeinschaftliche Orientierungen entstehen und auch handlungswirksam werden zu lassen. Aus dieser Perspektive sind der Strategie der „Ermöglichung“ durch die Schaffung förderlicher Rahmenbedingungen für zivilgesellschaftliches Engagement auch Grenzen gesetzt, weil sich Handlungsmuster, die aus zivilgesellschaftlicher Perspektive positiv zu bewerten sind, überwiegend jenseits dieses speziellen Handlungskontextes herausbilden. Bemühungen, bei der Integration bisher unterrepräsentierter Milieus in das Freiwilligenwesen bei den Motivationen anzusetzen, dürften zu kurz greifen. Denn wer in seiner Biografie in der Summe verschiedener Lebensbereiche negative Partizipationserfahrungen machte, ist offensichtlich schwer für gemeinwohlorientiertes Engagement zu motivieren sein. Es sei denn, dieser Lebensbereich konnte im Gegensatz zu anderen bereits als einer erlebt werden, in dem diese negativen Erfahrungen zu kompensieren waren. Im Kontext außerberuflichen Engagements treten jedoch Hürden formeller wie informeller Art auf. Ob diese Hürden, seien es nun Qualifikationsdefizite, Hierarchien oder Ausschlussmechanismen, aber aktiv genommen, toleriert oder mit Rückzug quittiert werden, hängt wiederum davon ab, auf welche biografischen Ressourcen zurückgegriffen werden kann. Das gut gemeinte Vorhaben, durch „empowerment“ zu verhindern, dass „sozial schwächere Gruppen von der Beteiligung am bürgerschaftlichen Engagement vollständig und unwiderruflich ausgeschlossen sind“ (Enquete-Kommission 2002: 108), wird deshalb schwer zu verwirklichen sein.

Von Verbesserungen der gesetzlichen und infrastrukturellen Rahmenbedingungen im Bereich der Zivilgesellschaft und ihrer Schnittstellen zu den Bereichen Staat und Markt werden also v.a. diejenigen profitieren, die ohnehin engagiert oder zumindest tatsächlich dazu bereit und angesichts ihrer Lebenslage auch fähig sind, sich in diese Strukturen einzufügen, sie für sich und andere zu nutzen. Doch auch auf diese Gruppen können Beteiligungsangebote ambivalent wirken. Denn außerberufliches Engagement findet in einem Feld statt, in dem eigenständige Gestaltung und Mitbestimmungsansprüche zwar gewünscht, aber keineswegs garantiert sind, oft die Nachfrage nach dem „mündigen Bürger“ postuliert wird, die konkrete Förderpraxis jedoch auf eine selektive Einbindung in die Lösung sozialer Probleme hinausläuft und die Einordnung in bestehende Hierarchien fast genauso wie im Arbeitsleben nötig wird (vgl. dazu Karl u.a. 2007a). Mitarbeit ohne Mitbestimmung ist aber gerade für diejenigen wenig attraktiv, die zwar über große Handlungsspielräume und soziale Kompetenzen verfügen, für die aber zugleich eine permanente Erweiterung ihrer Handlungsspielräume einen großen Stellenwert besitzt.

Da auch Familien als Orte gelten, an denen die Grundlagen zivilgesellschaftlichen Handelns gelegt werden, könnten auch sozialpolitische Interventionen zugunsten dieser Sozialisationsinstanz die Strategie der „Ermöglichung“ stützen. In der Tat zeigte auch meine eigene empirische Untersuchung, dass die Familie ein Handlungskontext sein kann, der den Heranwachsenden partizipative Sozialisationsbedingungen bietet und auf diese Weise die Basis für zivilgesellschaftlich förderliche Handlungsmuster legen kann. Auf den ersten Blick stehen die Chancen dafür heute weit besser als in der von mir untersuchten Kohorte von Kriegskindern. Dank einer überwiegend weniger autoritären und stärker auf Aushandlungsprozesse zwischen den Generationen ausgerichteten Erziehung steigen die Chancen für partizipative Sozialisationsprozesse, die der frühen Etablierung gemeinschaftsbezogener Handlungsmuster förderlich sind. Allerdings ist zu

berücksichtigen, dass daneben Bedingungen familialen Lebens existieren, die gegenläufige Wirkungen zeitigen können. Nicht wenige Familien gehören heute zu den sozial Benachteiligten, viele geraten zunehmend unter Existenzdruck, Kinder werden zum Armutsrisiko. Betrachtet man Außenbeziehungen über den Freundes- und Bekanntenkreis hinaus, sieht man Eltern, die sich im Konkurrenzkampf um Arbeitsplätze behaupten müssen, und Heranwachsende, die um Plätze an weiterführenden Schulen und Ausbildungsplätze konkurrieren. Wenn auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt die fachlichen wie persönlichen Qualifikationen vieler Jugendlicher nicht mehr nachgefragt werden, findet die Heterogenität ihrer Leistungsfähigkeit keine Anerkennung. Wie problematisch dies für die betroffenen Jugendlichen ist, wurde vielfach thematisiert; was es langfristig für die Deutungs- und Handlungsmuster der erfolgreichen bedeutet, bleibt abzuwarten. Unter den Vorbildern, auf die eine „civic education“ in der Familie bisher setzen konnte, waren bisher viele nicht oder in Teilzeit erwerbstätige Frauen. Frauen und Mütter, die bisher für bürgerschaftliche Tätigkeiten (teilweise) „freigesetzt“ waren. Die Gleichzeitigkeit von ausschließlich häuslicher Sorgearbeit oder Teilzeitarbeit und zivilgesellschaftlichem Engagement entsprang in vielen Fällen der bewussten Entscheidung, sich weder den Zwängen des Erwerbslebens noch der traditionellen geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung vollständig zu unterwerfen. Diese Wahlfreiheit schwindet in dem Maße, in dem die Rückkehr auf eine qualifizierte Vollzeitstelle in Frage steht und zugleich die Erwerbsbiografien der Partner prekär werden. Die staatlich forcierte Durchsetzung des „Zweiverdiener-Modells“ im aktivierenden Staat reduziert das zivilgesellschaftliche Potenzial von Familien vor allem dann, wenn die sozialstaatliche Anerkennung und Unterstützung der Sorgearbeit, sei es für Kinder oder pflegebedürftige Angehörige, unzureichend bleibt. Gezwungenermaßen werden Familien dann eher zu binnenzentrierten Bewältigungsgemeinschaften schwieriger Lebenslagen als zum zivilgesellschaftlichen Nukleus.

Vielversprechend erscheinen aus der Perspektive der hier diskutierten besonderen Bedeutung vorberuflicher Sozialisationsprozesse auf den ersten Blick auch solche Ansätze der Engagementförderung, die die Voraussetzungen von Engagementfähigkeit oder die Bedingungen ihrer Verhinderung in den Kontext sozialen Lernens stellen, nach denen Schulen sich nach innen und außen dem bürgerschaftlichen Engagement öffnen und pädagogische Institutionen zu zentralen Orten eines frühen Demokratieübens werden sollen. Auch die Stärkung der Rechte und Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen im kommunalen Raum zielen auf Veränderung von Institutionen, die die Chancen einer partizipativen Sozialisation erhöhen. Sollten sich jedoch in der deutschen „Nach-Pisa-Debatte“ die Verfechter von frühzeitiger Auslese, Leistungsdruck und Elitenbildung gegen die Streiter für Gesamtschulen, Projektunterricht und Lust am Lernen durchsetzen, würde dies aus Sicht einer kontextübergreifenden Wirkung von Handlungsmustern den begrüßenswerten Ansätzen zuwiderlaufen. Auch eine Hochschulpolitik, die sich auf Auslese und Elitenbildung konzentriert und die Chancen der Bildungspartizipation unter den jungen Erwachsenen ungleich verteilt, ist ungeeignet, zivilgesellschaftliche Handlungsmuster zu fördern. Es steht zu befürchten, dass die schleichende Abkehr vom humanistischen Bildungsideal durch die Einführung von Bachelor-/Masterabschlüssen an den Hochschulen, begleitet durch die Einführung von Studiengebühren die soziale Segmentierung fördert und eher (arbeits-)markt-kompatible Individuen als ZivilbürgerInnen sozialisiert.

Weil verschiedene Studien offenbaren, wie Deutungs- und Handlungsmuster des Erwerbslebens auch im zivilgesellschaftlichen Kontext wirksam und überwiegend restriktive Erwerbsbedingungen zu Ursachen der Verweigerung oder des Abbruchs außerberuflichen Engagements werden können, muss v.a. diesem Lebensbereich in der Diskussion über die Förderung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden, als dies bisher im Rahmen der Ermunterung von Unternehmen, sich als „corporate citizens“ (Enquete-Kommission 2002: 17) zu verstehen, geschieht. Eine „Kultur der Partizipation“ steht und fällt offensichtlich vielmehr mit den Bedingungen des Zugangs zum Arbeitsmarkt und den Handlungsanforderungen der ausgeübten Tätigkeiten. Einerseits werden im Beruf zahlreiche soziale Fähigkeiten erworben, die in zivilgesellschaftlichen Interaktionen ebenfalls funktional sind. Andererseits finden sich ähnlich wie im Sozialisationskontext „Familie“ im Erwerbsleben auch tendenziell gegenläufige Bedingungen. Zwischen Entfaltung der Persönlichkeit, progressiver Ausbeutung und Unterdrückung liegen Chancen und Hindernisse der Entstehung zivilgesellschaftlicher Handlungsressourcen dicht beieinander. Für wachsende Teile der Bevölkerung überwiegen heute die Hindernisse. Als hinderlich muss andauernde Arbeitslosigkeit gelten, ebenso die Norm des allzeit und mit seiner gesamten Persönlichkeit verfügbaren Arbeitnehmers, die mehr und mehr die Tätigkeiten der industriellen Kernbelegschaften wie auch der Beschäftigten im privaten Dienstleistungsgewerbe bestimmt. Zahlreiche negative Partizipationserfahrungen werden in prekären Beschäftigungsverhältnissen gesammelt, von denen mittlerweile auch viele Hochschulabsolventen betroffen sind, mithin jene, die sich bisher überdurchschnittlich engagierten. Zu berücksichtigen sind auch international vergleichende Studien, die zeigen, dass der Faktor Erwerbsarbeit nur vermittelt über ein ausreichendes Einkommen seine Integrationswirkungen entfaltet. Die aktuelle ideologische Aufwertung von Lohnarbeit und marktkonformem Verhalten, nach der jede Arbeit besser als keine sei (Schröder/Blair 1999), untergräbt zudem zivilgesellschaftliche Handlungsressourcen, die im Zuge der Pluralisierung von Lebensformen entstanden sind, weil sie solche postmaterialistischen Lebensentwürfe delegitimiert, in denen die Erwerbsarbeit ihre unangefochtene Stellung für die Identitätsbildung verloren hat.

### **3. Neue Kultur und alte Probleme**

Wie angekündigt möchte ich abschließend die grundsätzlichen kulturellen Brüche darlegen, die allen „Erweckungskonzepten“ zum Trotz bestehen bleiben. Sie liegen (1) auf der Ebene der potenziellen Freiwilligen (2) bei den Professionellen und Institutionen, also den potenziellen Kooperationspartnern der Freiwilligen und sind schließlich (3) durch die Modalitäten der Förderung bedingt.

#### **3.1 Eben der (potenziellen) Freiwilligen**

Sie werden denken, dazu hat sie nun schon Einiges gesagt. Ich möchte es hier aber noch einmal spezifizieren – und zwar für diejenigen, auf denen die Hoffnung, sie mögen Vorreiter einer Neuen Kultur der Freiwilligkeit sein, in ganz besonderer Weise ruhen. Ich hatte es vorhin schon angedeutet: Mitarbeit ohne Mitbestimmung ist gerade für diejenigen wenig attraktiv, die zwar über große Handlungsspielräume und soziale Kompetenzen verfügen, für die aber zugleich eine

permanente Erweiterung ihrer Handlungsspielräume einen großen Stellenwert besitzt. Die Infrastruktur freiwilligen Engagements soll nun aber nicht zuletzt jene ansprechen, die eine hohen beruflichen Status haben oder hatten. Man denke nur an das EFI-Programm, in dem Menschen in der nachberuflichen Lebensphase zu Multiplikatoren bürgerschaftlichen Engagements ausgebildet werden – eine hohe Anforderung an die sog. SeniortrainerInnen. Anforderung heißt aber auch Anerkennung („Wir trauen Euch das zu.“) Die Kehrseite der Anerkennung sind die Ansprüche, die durch eben diese noch gestärkt werden. Das Tätigkeitsfeld soll interessant sein, die Arbeit darin aber zeitlich und sachlich begrenzt. Anerkennung des Engagements soll auch durch Einbindung in die Kommunikationsstrukturen der Partner und/oder Weiterbildung und Supervision gewährt werden, zugleich aber soll das Engagement kompensatorische Erfahrungen zum Beruf ermöglichen, also selbstbestimmt und nichthierarchisch sein. Zur Selbstbestimmung zählt auch, dass man sich das Milieu aussucht, in denen man tätig werden will – in der Regel ist dies das eigene Herkunftsmilieu, eine Passung der Interessen von potenziell Engagierten und sozialen Bedarfslagen bzw. Bedarfen der potenziellen Partner ergibt sich also keineswegs, zumindest nicht von selbst.

### **3.2 Ebene der (potenziellen) Kooperationspartner der Freiwilligen**

Die Einbindung dieser kreativ eigensinnigen Personen ist also ohnehin ein schwieriges Unterfangen – sowohl für die FWA als auch für potenzielle Kooperationspartner. Heinze/Olk/Wohlfahrt (1992: 27) haben es einmal so beschrieben: Den Vermittlern kommt die Aufgabe zu, „die Träume der potenziellen Kunden vom Abenteuer in fremden Sozialwelten mit dem Angebot an Verwirklichungsmöglichkeiten abzugleichen und erforderlichenfalls auch bestimmte Idealvorstellungen auf die Ebene der Wirklichkeit herunterzutransformieren“. Sie sollen zudem die Zielinstitutionen darin unterstützen, die Ehrenamtlichen nach bestimmten Regeln der Kunst zu behandeln (ebd.).

Eine Herkulesaufgabe, die durch ein weiteres Spannungsverhältnis verschärft wird. Zwar war es schon immer schwierig, Ehrenamtliche in den institutionellen Kontext sozialer Dienstleistungen einzubinden. Doch je mehr sich die freie Wohlfahrtspflege weg von Wertegemeinschaften hin zu Dienstleistungsunternehmen entwickeln muss, desto schwieriger wird es. Freiwillige sollen insbesondere die für die Träger sozialer Dienstleistungen monetär nicht interessanten Bereiche ausfüllen, also Tätigkeiten verrichten, für die es keine gesicherte Regelfinanzierung gibt und die sich deshalb „nicht rechnen“. Ihr Einsatz soll kostenneutral sein, wenn nicht gar Kosten sparen. Zugleich soll ihr Engagement ein Mehr an Qualität erbringen.

### **3.3 Fördermodalitäten**

Ich behaupte, dass die Förderung einer Neuen Kultur der Freiwilligkeit ganz besonders auch darunter leidet, dass unter Sozialpolitikern und in der Sozialverwaltung die Vorstellung verbreitet ist, es handle sich dabei um eine Art perpetuum mobile, welches einmal in Schwung gebracht sich fortlaufend dreht und Energie produziert. Es ist seit Jahrzehnten das Selbe: Zunächst wird ein Modellprogramm auf Bundes- oder Landesebene aufgelegt – eine einigermaßen anständige Finanzierung der Gewinnung und Begleitung von Freiwilligen ist für einen bestimmten Zeitraum an den Modellstandorten gesichert. Ganz gleich wie erfolgreich das Konzept war, nach Ende der

Programmlaufzeit soll auf kommunale Ebene mit weit weniger personellen und finanziellen Ressourcen das Selbe geleistet werden. Die Regionen und Institutionen, in denen langfristig und sicher ausreichende Ressourcen für die wertvolle aber schwierige Freiwilligenarbeit zur Verfügung stehen, sind leider in der Minderheit. Anders formuliert: Es hapert noch mit der „Erweckung“ der Neuen Kultur.

#### **Fazit:**

Wenn ich in meinem Beitrag darauf verwiesen habe, welche gesellschaftlichen Rahmenbedingungen die Arbeit von FWA ebenso wichtig wie schwierig machen, dann ganz sicher nicht, um Sie zu demotivieren. Vielmehr sollte auf der Grundlage sozialwissenschaftlicher Befunde deutlich werden, dass die Ursachen für Probleme und Misserfolge in Ihrem Arbeitsalltag in der Regel nicht auf der Ebene individuellen Versagens zu suchen sind. Stattdessen kommt es darauf an, dass öffentliche und freigemeinnützige Träger Sozialer Einrichtungen und Dienste vehementer noch als bisher darauf hinweisen, dass freiwilliges Engagement nicht als Strategie der Effizienzsteigerung von Wohlfahrtsproduktion taugt und ein Mehr an Qualität durch die Einbindung von Freiwilligen nicht ohne zusätzliche (!) Ressourcen für ihre professionelle Begleitung zu haben sein wird. Kurz: ich wollte Sie darin bestärken, eine „symbolische Politik“, die Bürgerengagement einfordert und zugleich dessen infrastrukturelle Voraussetzungen nicht ausreichend sichert oder gar untergräbt, als solche zu benennen. Schließlich soll zivilgesellschaftliches Engagement als wertvolle Ergänzung professioneller Sozialer Arbeit erhalten bleiben und das noch immer zarte Pflänzchen „Neue Freiwilligkeit“ ausreichend Nährstoffe erhalten, um zu wachsen.

#### **Literatur:**

Aner, Kirsten (2005): „Ich will, dass etwas geschieht!“ Wie zivilgesellschaftliches Engagement entsteht – oder auch nicht, Berlin

Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ (2002): Bericht. Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft, Opladen, zugl. Bundestagsdrucksache 14/ 8900

Gensicke, Th., Picot, S. & Geiss, S. (2005). Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Durchgeführt von TNS Infratest Sozialforschung im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. München.

Karl, Fred; Aner, Kirsten; Bettmer, Franz (2007a): Konkrete Hindernisse für den Einsatz von seniorTrainerinnen in verschiedenen Handlungsfeldern bürgerschaftlichen Engagements. Projekt-Abschlussbericht, i.E.

Karl, Fred; Aner, Kirsten; Bettmer, Franz (2007b): seniorTrainerinnen in verschiedenen Handlungsfeldern bürgerschaftlichen Engagements. Eine Handreichung für die Praxis, i.E.

Heinze, Rolf G.; Olk, Thomas; Wohlfahrt, Norbert (1992): Von der traditionellen Sozialpolitik zur neuen Wohlfahrtskultur. Freiwilliges soziales Engagement und lokale Infrastruktur. ILS-Schriftenreihe, Band 64, Dortmund

Schröder, Gerhard; Blair, Anthony (1999): Der Weg nach vorn für Europas Sozialdemokraten, u.a. in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H.7/1999, S. 887-896